



Geschäftsmodell „Genossenschaftbank“: Die Besonderheiten des Geschäftsmodells „Genossenschaftsbank“ bei der Neuregulierung des Finanzsektors berücksichtigen. Diesen und andere Wünsche an die Politik präsentierten genossenschaftliche Bankvorstände aus dem Kreis Gütersloh jetzt dem heimischen CDU-Bundestagsabgeordneten Ralph Brinkhaus (5. v. l.), um anschließend mit ihm darüber zu diskutieren.

FOTO: RAINER STEPHAN

Was sich Volksbanker wünschen

Genossenschaftliche Bankvorstände im Gespräch mit Ralph Brinkhaus MdB

■ Kreis Gütersloh (eph). Volksbanken und Spar- und Darlehnskassen zählen nicht zu den Verursachern der Finanzkrise. Sie gingen vielmehr – gemeinsam mit den Sparkassen – wirtschaftlich und mit neuem Kundenvertrauen gestärkt aus der Krise hervor.

Doch jetzt – im Nachhinein – sieht es so aus, als würden Volksbanken und Sparkassen die Folgen der Krise mehr zu spüren bekommen als andere Marktteilnehmer. Grund dafür sind neue von der Politik beschlossene Gesetzesvorschriften, die regional tätige Banken als besondere Belastung empfinden.

Über die aus ihrer Sicht „über-

bordende Bürokratie und die Regulierungswut der Politik“ sprachen in diesen Tagen in der Volksbank Rietberg genossenschaftliche Bankvorstände aus dem Kreis Gütersloh mit dem heimischen CDU-Bundestagsabgeordneten **Ralph Brinkhaus**.

Auf Unverständnis stoßen bei den Kreditgenossenschaften vor allem die unter dem Stichwort „Basel III“ zusammengefassten neuen Eigenkapitalvorschriften. Volksbanken-Sprecher Andreas Heinze: „Nicht, dass wir die Vorschriften nicht erfüllen könnten. Was uns missfällt: Volksbanken und Sparkassen müssen genauso viel Eigenkapital vorhalten wie Großbanken und damit Risiken abschirmen, die de facto

bei uns überhaupt nicht bestehen.“ Dadurch, so Heinze, werde wertvolles Kapital gebunden, das für die Entwicklung des heimischen Mittelstandes sinnvoller genutzt werden könnte.“

Was sich die Kreditgenossenschaften in diesem Zusammenhang von der Politik wünschen: Mehr Verständnis für die Besonderheiten des genossenschaftlichen Bankensektors und nicht mehr staatliche Regulierung als unbedingt nötig.

Am Ende der fast zweistündigen Unterredung zeigte MdB Ralph Brinkhaus viel Verständnis für die Position der heimischen Kreditgenossenschaften. Er warnte jedoch: „Jede Ausnahmeregel und Erleichterung, die

wir für Deutschland erwirken, gilt in Zukunft auch für Griechenland und Portugal.“ Ralph Brinkhaus abschließend: „Wollen wir das?“

INFO

Mit Infos füttern

◆ Seine Gesprächspartner ermunterte Ralph Brinkhaus: „Halten Sie mich weiter auf dem Laufenden und füttern Sie mich mit Informationen, damit ich meinen Einfluss in Berlin geltend machen kann.“